

Fragen

für die Fragestunde der 214. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 25. Januar 2017

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 16	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33, 34
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	35, 36	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 32
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	17, 18	Kunert, Katrin (DIE LINKE.)	11, 12
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	20, 21	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	3, 14
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	9, 10	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 26
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	7, 8	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 19
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	13, 22	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	23, 24
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 6	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	27, 28
Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 30		
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 2		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	4
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	12

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

1. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Kann das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit bestätigen, dass das deutsche Sicherheitskonzept bzw. Regelwerk für Atomkraftwerke einschließlich etwaiger mitigativer Maßnahmen (Sicherheitsebene 4) komplett davon ausgeht, dass es zu keinem Versagen des Reaktordruckbehälters kommt (sogenannte Basisicherheit), und kann es weiter bestätigen, dass in den aktuellen Rahmenempfehlungen für den nuklearen Katastrophenschutz der Strahlenschutzkommission Freisetzungsszenarien nach Versagen des Reaktordruckbehälters nicht berücksichtigt sind?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

2. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung bezüglich eines möglichst genauen Entscheidungsdatums über das weitere Vorgehen bei der zwischen dem Bund und dem Freistaat Bayern vereinbarten Umrüstung des Forschungsreaktors FRM II auf Brennstoff mit höchstens 50 Prozent Uran-235-Anreicherung, und zu welchen Erkenntnissen ist die Bundesregierung bei der Prüfung möglicher Alternativen bisher gelangt (bitte detailliert nach Alternativen aufschlüsseln)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

3. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.) Inwieweit war die mögliche Konditionalisierung der Entwicklungszusammenarbeit – d. h. die mögliche Streichung von Entwicklungshilfegeldern bei fehlender Kooperation bei Rückführung von ausreisepflichtigen Tunesiern – Thema bei den letzten Gesprächen zwischen der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und dem tunesischen Präsidenten Béji Caïd Essebsi (<https://de.nachrichten.yahoo.com/tunesiens-pr%C3%A4sident-reagiert-forderung-streichung-entwicklungshilfe-155605972>).

html, letzter Absatz), und inwiefern gibt es innerhalb der Bundesregierung mittlerweile eine einheitliche Position zu der Frage, ob Staaten, die in den Augen der Bundesregierung zu wenig bei Rückführungen kooperieren, Entwicklungshilfegelder gestrichen werden sollen (www.taz.de/!5370724/)?

4. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Unternehmen hat die Agentur für Wirtschaft und Entwicklung nach Kenntnis der Bundesregierung bislang bezüglich privater Investitionen beraten, und in welchen Fällen bahnt sich ein Engagement der Unternehmen in Entwicklungsländern an (bitte unter Angabe der Zielländer nach Unternehmen auflisten)?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

5. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse ergaben sich im Fall des Gefährders Anis Amri aus der Abklärung des BND zu den beiden libyschen Rufnummern (vgl. Chronologie vom 19. Februar 2016, S. 7 und 8) und aus gegebenenfalls daraus abgeleiteten Maßnahmen des BND, und wie war der BND insgesamt, über eine Beteiligung an den GTAZ-Arbeitsgruppen hinaus, im Fall Anis Amri tätig?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

6. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über das Flüchtlingsbootsunglück am 14. Januar 2017 vor der Küste Libyens (www.aljazeera.com/news/2017/01/180-missing-people-presumed-dead-shipwreck-170117092311329.html), und inwieweit setzt sich die Bundesregierung auf EU-Ebene für eine Intensivierung der Seenotrettung im Mittelmeer ein?

7. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche neueren Erkenntnisse hat die Bundesregierung seit dem 26. August 2016 von der US-Seite über die Steuerung von Drohneneinsätzen über eine Relaisstation in Ramstein sowie die Einbindung der dortigen Distributed Ground Station in die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Flüge übermittelt bekommen, wozu mir der Staatsminister Michael Roth versicherte, die Bundesregierung bleibe in der Angelegenheit „am Ball, um die notwendigen Informationen zu erhalten“ (Plenarprotokoll 18/205, Antwort auf meine Mündliche Frage 16), und sofern die angekündigten „regelmäßigen“ Gespräche zur Causa Ramstein noch nicht stattfanden, für wann rechnet die Bundesregierung mit den erfragten Informationen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

8. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Einzelprojekte werden derzeit im Strategie- und Forschungszentrum Telekommunikation (SFZ TK) durchgeführt (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 11, Plenarprotokoll 17/210, Anlage 6), und für welche Zwecke haben die am SFZ TK beteiligten Bundesbehörden seit dessen Bestehen Software von europäischen Rüstungsfirmen (etwa Airbus, BAE, Finmeccanica, Thales) beschafft?
9. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Mit welchen Maßnahmen unterstützt die Bundesregierung die Teilnahme der Deutschen Studierenden-Nationalmannschaft an der 28. Winter-Universiade vom 29. Januar bis 8. Februar 2017 im kasachischen Almaty (bitte mit den dafür zur Verfügung gestellten finanziellen Mitteln des Bundes nennen), und inwieweit hält die Bundesregierung diese Aktivitäten (auch im internationalen Vergleich) für ausreichend?

10. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- In welchem Umfang wird nach Kenntnis der Bundesregierung das öffentlich-rechtliche Fernsehen über diese Winter-Universiade berichten (bitte detailliert nach Sender und Stunden bzw. Minuten aufschlüsseln), und inwieweit hält die Bundesregierung den geplanten Umfang an Berichterstattung über dieses internationale Sportereignis auch im Verhältnis zur Berichterstattung über andere aktuelle Wintersportereignisse für angemessen?
11. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)
- Was sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Beweggründe, warum das Projekt „Zukunft! Von Ankunft an.“ aufgelegt wurde, und was verspricht sich die Bundesregierung davon?
12. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)
- Was beabsichtigt die Bundesregierung mit den Untersuchungsergebnissen, die im Rahmen des Projektes erzielt werden, zu machen?
13. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Werden künftig auch Asylsuchende aus Afghanistan Zugang zu Integrationskursen erhalten, da die unbereinigte Gesamtschutzquote im Jahr 2016 in diesen Fällen bei 55,8 Prozent lag (<https://www.proasyl.de/news/die-einstufung-nach-bleibeperspektive-ist-bewusste-integrationsverhinderung/>) und deshalb ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt im Sinne des § 44 Absatz 4 Satz 2 Nummer 1 des Aufenthaltsgesetzes zu erwarten ist, zumal auch nach einer Asyablehnung in vielen Fällen ein Daueraufenthalt folgt, z. B. weil Gerichte eine negative Asylentscheidung aufheben oder ein Bleiberecht aus humanitären Gründen erteilt wird (Bundestagsdrucksache 18/8450, Antwort zu Frage 11; wenn nein, bitte nachvollziehbar begründen, auch in Bezug auf die negativen Auswirkungen eines verweigerten frühzeitigen Integrationskurszugangs angesichts der bei afghanischen Asylsuchenden überdurchschnittlich langen Asylverfahrensdauer, vgl. Bundestagsdrucksache 18/10575, Antwort zu Frage 4), und wieso wird afghanischen Asylsuchenden in Ausbildung eine Förderung nach § 132 Absatz 1 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch durch die Bundesagentur für Arbeit versagt (www.nds-fluerat.org/wp-content/uploads/2017/01/BA-zur-Auslegung-des-%C2%A7-132-SGB-III.pdf), obwohl bei ihnen regelmäßig von einem dauerhaften und rechtmäßigen Aufenthalt

auszugehen ist, denn zu den oben genannten Umständen kommt hinzu, dass sie aufgrund ihrer Ausbildung auch bei einer Asylablehnung gute Chancen auf einen Daueraufenthalt haben (vgl. § 60a Absatz 2 Satz 4 i. V. m. § 18a Absatz 1a des Aufenthaltsgesetzes)?

14. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Warum haben sich die deutschen Behörden nach Kenntnis der Bundesregierung dafür entschieden, die zwei Malier Amadou B. und Mamadou D. mit einem eigenen Charterflugzeug am 6. Januar 2017 nach Mali abzuschieben (<https://www.jungewelt.de/2017/01-09/069.php>), und wie hoch waren die Kosten für diese Abschiebung?
15. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Äußerungen des Vorsitzenden der AfD, Björn Höcke „Diese dämliche Bewältigungspolitik, die lähmt uns heute noch viel mehr als zu Franz Josef Strauß’ Zeiten. Wir brauchen nichts anderes als eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ (<https://www.youtube.com/watch?v=sti51c8abaw>, www.sueddeutsche.de/news/politik/parteien-die-hoecke-rede-von-dresden-in-wortlaut-auszuegen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-170118-99-928143), und inwiefern hält sie diese Äußerungen für strafrechtlich, verfassungsschutzrechtlich (§ 3 BVerfSchG) oder beamtenrechtlich relevant – auch vor dem Hintergrund, dass der Bundesminister für Wirtschaft und Energie nunmehr die Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz fordert?
16. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen ergreifen die Bundesregierung und die ihr nachgeordneten Behörden, insbesondere der Generalbundesanwalt, und die Länder nach Kenntnis der Bundesregierung, um die Ausreise von Tatverdächtigen im Zusammenhang mit den Ermittlungen des Generalbundesanwalts wegen mutmaßlicher Spionageaktivitäten von Imamen und Mitarbeitern der DITIB Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V. zu verhindern, und wie viele potentielle Tatverdächtige (DITIB-Imame oder andere mögliche Tatverdächtige) sind nach Kenntnis bzw. Einschätzung der Bundesregierung

seit den Berichten der „Cumhuriyet“ (vgl. <https://www.welt.de/politik/ausland/article160132361/Tuerkische-Imame-spionieren-in-Deutschland-fuer-Erdogan.html>) bereits ausgereist?

17. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Inwieweit kann nach (auch nachrichtendienstlicher) Kenntnis der Bundesregierung vor dem Hintergrund, dass der türkische Nachrichtendienst MIT seine Aufklärungsarbeit in Deutschland im Zuge des Putschversuchs ausgeweitet und intensiviert hat (Bundestagsdrucksache 18/10739) und der Anweisung der türkischen Religionsbehörde DIYANET zur Spitzelei für den türkischen Staat (Plenarprotokoll 18/211) davon ausgegangen werden, dass die DITIB-Gemeinden in Deutschland – deren Imame von Ankara ausgebildet, ausgewählt und bezahlt werden – dem türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan und der AKP bei ihren Versuchen dienen, die „Auslandstürken“ für ihre politischen Ziele einzuspannen, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Besorgnis über die jüngsten Entwicklungen in der Türkei sowie über Einflussoperationen türkischer Geheimdienste gegen die türkische Minderheit in Deutschland bzw. gegen Deutsche mit türkischem Migrationshintergrund (<http://mobile.reuters.com/article/idUSKBN1532UP>)?

18. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Kann die Bundesregierung ausschließen, dass der Täter vom Anschlag auf dem Breitscheidplatz, Anis Amri, von einem ausländischen Geheimdienst geführt wurde bzw. Kontakt zu einem ausländischen Geheimdienst hatte, und welchen ausländischen Geheimdienst hat die Bundesregierung bzw. haben die nachgeordneten Behörden nach Beratungen im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum über Anis Amri befragt, um die Wertigkeit der Warnung des marokkanischen Geheimdienstes, dass Anis Amri ein „Projekt“ plane, zu überprüfen?

19. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Über welche Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung zu den in der Chronologie zum Fall Anis Amri genannten Zweifeln des Bundeskriminalamtes an der Belastbarkeit der Aussagen einer V-Person, die in dem vom Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen geführten Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof (EK Ventum) eingesetzt war, über Anis Amri und dessen Angaben über mögliche Anschlagpläne sowie

dessen Möglichkeiten zur Beschaffung von Schnellfeuergewehren (vgl. Chronologie 23. Februar 2016, S. 8, www.bmi.de), und welche Konsequenzen ergaben sich nach Kenntnis der Bundesregierung daraus für das weitere Verfahren und die weitere Bewertung der folgenden Aussagen der V-Person?

20. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Welche Informationen hatte die Bundesregierung vor dem Anschlag am Berliner Breitscheidplatz am 19. Dezember 2016 über konkrete Vorhaben des Anis Amri in Deutschland von Seiten der marokkanischen Sicherheitsbehörden, und gab es Hinweise auf Anschlagpläne oder nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

21. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Inwieweit wird im Zusammenhang mit von Serbien ausgestellten internationalen Haftbefehlen gegen 22 Kämpfer der einstigen kosovo-albanischen Miliz UÇK, darunter mehrere UÇK-Kommandanten und Azem Syla, ein Onkel des aktuellen kosovarischen Präsidenten Hashim Thaci, auch in Deutschland gefahndet (derstandard.at/2000051115165/Serbien-fahndet-nach-ehemaligen-UCK-Kaempfern), und inwieweit trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass der ehemalige kosovarische Regierungschef Ramush Haradinaj in Frankreich wegen Verbrechen während des Kosovo-Kriegs festgenommen worden ist, dessen Freispruch vor dem Haager Tribunal in 37 Anklagepunkten nur deshalb zustande kam, weil während der Prozesse insgesamt 19 potentielle Zeugen unter mysteriösen Umständen ums Leben kamen (www.zeit.de/politik/2017-01/kosovo-frankreich-ramush-haradinaj-festnahme)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

22. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Welche genauen Zahlungen sind infolge des Beschlusses von Bund und Ländern vom 24. September 2016 zur Asyl- und Flüchtlingspolitik (dort Punkt 6) durch den Bund an die Bundesländer geflossen oder geplant (bitte differenziert und mit Datum auflisten und die jeweiligen genauen Berechnungsgrundlagen nennen), und inwieweit sieht der Bund seine Zusage in Punkt 4.10 des Beschlusses (die Asylverfahren auf durchschnittlich drei Monate zu verkürzen, so dass eine Asylentscheidung ab erster Registrierung innerhalb von insgesamt maximal fünf Monaten erreicht werde), die der in Punkt 6 vereinbarten Abschlagszahlung in Höhe von 2,68 Mrd. Euro, bei der eine Asylverfahrensdauer von fünf Monaten zugrunde gelegt wurde, als erfüllt an (bitte ausführen und begründen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

23. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Wenn laut Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 33, Plenarprotokoll 18/211, Anlage 25, die Einsparungen durch die gemeinsame Inanspruchnahme von Leistungen der Eingliederungshilfe insgesamt im geringen, nicht quantifizierbaren Umfang denkbar sind, wieso schränkt die Bundesregierung dann das grundlegende Menschenrecht auf freie Wahl von Wohnort und Wohnform von Menschen mit Behinderungen (Artikel 19 der UN-Behindertenrechtskonvention) weiterhin ein?
24. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung angesichts des starken Anstiegs des Armutsrisikos von Menschen mit Behinderungen von 13 Prozent im Jahr 2005 auf 20 Prozent im Jahr 2013, der im „Teilhaberbericht der Bundesregierung über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen 2016“ festgestellt wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

25. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie sieht der konkrete Zeitplan für die Markteinführung der Technik zur In-ovo-Geschlechtererkennung zur Vermeidung des Kükentötens aus, die der Bundesminister Christian Schmidt am 19. Januar 2017 in einem Interview im Deutschlandfunk als „markt- und einführungsfähig“ bezeichnet hat, und wie teuer wird nach Kenntnis der Bundesregierung diese Technik ungefähr sein?
26. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Kriterien liegen für das staatliche Tierwohllabel vor, und wie wird die Zusammenführung der Kriterien des „Labels für mehr Tierschutz“ des Tierschutzbundes und der Initiative Tierwohl gestaltet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

27. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann
(Zwickau)**
(DIE LINKE.)
- Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils in den Jahren 2012 und 2016 (bzw. im aktuell verfügbaren Jahr) die Anzahl der an Dekubitus-Druckgeschwüren (Haupt- und Nebendiagnose) leidenden Menschen in der stationären und ambulanten Pflege und die damit verbundenen Kosten der nachträglichen Versorgung?
28. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann
(Zwickau)**
(DIE LINKE.)
- Worin sieht die Bundesregierung die Ursachen, zum Beispiel eine zu geringe Personalausstattung im Pflegebereich, insbesondere mit Pflegefachkräften, für diese nachträgliche Versorgung von Dekubitus-Fällen, und sieht sie diesbezüglich Handlungsbedarf?

29. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus aktuellen Medienberichten, die das Problem des Personalmangels in der Pflege und dieses auch unter dem Aspekt der Gewalt gegenüber pflegebedürftigen Menschen thematisieren (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 17. Januar 2017 „Schweigen, wegsehen, mitmachen“; ÄrzteZeitung online vom 19. Januar 2017 „Altenpflege am Limit – Personal warnt vor Reformstress“), und welche akuten Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung gegen den Personalmangel in der Pflege zu ergreifen?
30. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung dabei des Weiteren aus Befürchtungen von Pflegeexperten, dass sich durch die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs der Ruf der stationären Pflege zunächst verschlechtern und die Personalsituation in der Pflege verschärfen könnte (vgl. ÄrzteZeitung online vom 19. Januar 2017 „Altenpflege am Limit – Personal warnt vor Reformstress“)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

31. Abgeordneter
Stephan Kühn (Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Stand haben die trilateralen Vertragsverhandlungen zum Abschluss eines deutsch-polnisch-tschechischen Vertrages über die Reparatur und Modernisierung der Bahnstrecke Hrádek nad Nisou–Zittau, und wann kann voraussichtlich mit der Sanierung der Bahnstrecke begonnen werden?
32. Abgeordneter
Stephan Kühn (Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist die am 14. Dezember 2016 in Kraft getretene Verordnung zur Änderung der Straßenverkehrsordnung, mit der unter anderem die Einrichtung von Tempo-30-Zonen vor Schulen, Kindergärten und weiteren Einrichtungen erleichtert werden soll, für die Kommunen ohne Verwaltungsvorschrift anwendbar, oder ist für die rechtssichere Umsetzung besagter Tempo-30-Zonen der Erlass einer Verwaltungsvorschrift abzuwarten?

33. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung Medienberichte (www.zdf.de/politik/frontal-21/Abgasbetrug-mit-lkw-100.html) bestätigen, wonach durch sogenannte AdBlue-Killer (Emulatoren) die Harnstoffeinspritzung zur Senkung des klimaschädlichen Stickoxid ausstoßes verändert wird (bitte unter Angabe, welche Fälle ihr bekannt sind), und wie viele Kontrollen vom Bundesamt für Güterverkehr gab es diesbezüglich in den vergangenen fünf Jahren (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
34. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf Grundlage welcher Berechnungen geht die Bundesregierung in ihrer neuen Prognose zur Pkw-Maut von jährlich 155 Millionen Ein- und Durchfahrten ausländischer Pkw nach bzw. in Deutschland aus, nachdem die alte Prognose mit 125 Millionen rechnete, und kann die Bundesregierung ausschließen, dass es Sonderregelungen von Grenzregionen – wie etwa von den Landesregierungen Saarland, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein gefordert –, geben wird (bitte begründen)?
35. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Welche Anpassungen an die Grundannahmen (wie z. B. das Verkehrsaufkommen) wurden für die aktualisierte Einnahmeprognose der Pkw-Maut (www.tagesschau.de/inland/pkw-maut-167.html) genau vorgenommen (bitte mit Zahlen unterlegen), und wer war an der Erstellung der aktualisierten Prognosen beteiligt?
36. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Welche Gespräche hat es bisher mit Vertreterinnen und Vertretern derjenigen Länder gegeben, die eine Klage gegen die Pkw-Maut in Betracht ziehen (u. a. www.br.de/nachrichten/europa-gegen-maut-100.html), und welchen Einfluss hätte eine solche Klage auf die Umsetzung der Pkw-Maut?

